

Berlin bleibt Frontstadt

Bundestag berät über Antrag der Linksfraktion, dem Atomwaffenverbotsvertrag der UN beizutreten. Die Unionsparteien setzen auf Abschreckung

Claudia Wangerin

»Cold Warriors – The New Generation« könnte ein Kinofilm mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Frank Steffel in einer der Hauptrollen heißen. Er habe »23 Jahre lang den Kalten Krieg und die kommunistische Mauer« quer durch seine Heimatstadt Berlin erlebt, sagte Steffel am Freitag in einer flammenden Rede gegen einen Antrag der Linksfraktion, in dem gefordert wird, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nation beitrifft und die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO aufkündigt. Folgerichtig beantragt Die Linke, »Schritte zum Abzug der US-Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland einzuleiten«. Steffel und seine Fraktion halten das für keine gute Idee, wie er am Freitag in der Beratung im Bundestag deutlich machte. 1987 habe er der Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan bei dessen Berlin-Besuch gelauscht. Dass Reagans Parole »Tear down this wall!« (»Reißen Sie diese Mauer ein!«) zwei Jahre später Realität geworden sei, »lag nicht an Nachgiebigkeit«, betonte der CDU-Politiker – in diesem Zusammenhang konnte dies nur als Lob des nuklearen »Abschreckungspotentials« des Westens verstanden werden. Heute seien Staaten wie »Nordkorea, Pakistan, Iran, aber auch Russland« der Grund, warum die »freien Demokratien dieser Welt« nicht auf Atomwaffen verzichten könnten, so Steffel.

Das Nobelpreiskomitee in Oslo sieht das offensichtlich anders, denn es hat im vergangenen Jahr der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die genau das fordert, den Friedensnobelpreis verliehen. Im Bundestag hatte Christine Buchholz für die Linksfraktion den Antrag begründet. Mit 122 Staaten hatte die überwältigende Mehrheit der UN-Vollversammlung den Beschluss über den Verbotsvertrag gefasst – und damit, »ein «deutliches Zeichen für eine nuklearwaffenfreie und friedlichere Welt gesetzt«, heißt es im Antrag der Linken. »Die Bundesregierung redet von Frieden und von Abrüstung, doch sie verweigert sich diesem wichtigen Schritt. Das ist eine Schande«, sagte Christine Buchholz. Über die Zahl der im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel gelagerten US-Atomwaffen gebe sie nicht einmal Auskünfte. »Die Bundesregierung verschleiern die Wahrheit, um sich nicht öffentlich rechtfertigen zu müssen«, so Buchholz.

Der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Brunner schlug einen softeren Ton an, verteidigte aber, dass die Sozialdemokraten ein Bekenntnis zur nuklearen Teilhabe in den Koalitionsvertrag mit CDU und CSU aufgenommen haben, obwohl ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz im Wahlkampf versprochen hatte, sich für den Abzug der US-Atomwaffen einzusetzen. Statt eines »großen Wurfs« seien »viele kleine Schritte« nötig, sagte Brunner.

Unterstützt wurde der Vorstoß der Linken von den Grünen: Deren früherer Parteichef Jürgen Trittin kritisierte die atompolitische »Sandkastenlogik«: »Der andere hat immer angefangen, deshalb brauche ich eine größere Schaufel.« Selbst die AfD-Fraktion stellte sich hinter den Antrag der Linken: Ihr Abgeordneter Robby Schlund erinnerte an die Folgen der US-Atombombenabwürfe auf die Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 für rund 300.000 Menschen. Die Haltung der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag sei ein »außen- und sicherheitspolitisches Desaster«. Anders als Die Linke sprach sich die AfD-Fraktion aber dafür aus, die konventionelle Kriegsfähigkeit zu verbessern: Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bleibe »das A und O«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/327552.berlin-bleibt-frontstadt.html>